

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2016

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder, das zurückliegende Jahr 2015 wurde beherrscht von wechselnden Themen. Da waren die Euro- und Griechenlandkrise, besonders in der ersten Hälfte, gefolgt von der stetig wachsenden Zahl der Flüchtlinge mit dem Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Jahres. Der ungelöste Ukrainekonflikt schwelt weiter. Weltweite Terroranschläge erschütterten uns leider während des gesamten Jahres und führten schließlich zu einem militärischen Einsatz mit deutscher Beteiligung in Syrien. All diese Themen hatten auch Einfluss auf unsere Gemeinde. Am unmittelbarsten wurde unser Engagement ohne Zweifel bei der Unterbringung und Versorgung der ankommenden Flüchtlinge gefordert. Dieses Thema ist zwischenzeitlich hautnah für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar geworden. Wir alle dürfen stolz sein, wie sehr sich der weitaus überwiegende Anteil unserer Landsleute bemüht, den ankommenden Menschen gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere auch hier in Everswinkel und Alverskirchen. Ich werde später noch einmal auf dieses Thema eingehen. In der Summe war es ein schwieriges und anstrengendes Jahr mit vielen, auch positiven, Facetten.

Auf der Bundesebene konnten wir erfreut festhalten, dass die Einführung des Mindestlohnes nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat. Die von der Regierungskoalition aus CDU und SPD erhofften finanziellen Entlastungen für unsere Städte und Gemeinden sind leider noch nicht im benötigten vollen Umfang beschlossen worden. Hoffen wir, dass der durch die Bundesländer gefundene Kompromiss beim Länderfinanzausgleich vom Bund auch, wie benötigt, mitgetragen wird. Nur dann steht unserem Land auch mehr Geld zur Verfügung. Dass viele vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen nicht oder nicht ausreichend fi-

nanziert werden, sollte sich ändern. Zwar soll es mehr Geld für die Betreuung der Flüchtlinge geben, aber mit der Anerkennung der Asylanträge werden die betroffenen Menschen, solange sie keine Arbeit finden, automatisch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II oder besser bekannt als Hartz IV erhalten, erhöhen. Der Kreis Warendorf geht hier von 600-800 neuen Bedarfsgemeinschaften in 2016 aus und hat für deren Finanzierung über 2 Millionen Euro in den Kreishaushalt eingeplant. Über die Kreisumlage landet es so auch gleich in unserer Gemeinde. Mit der Finanzierung dieses Bereichs hat man sich in Berlin noch gar nicht befasst, weil die Probleme der Unterbringung und Versorgung zunächst drängten. Erst ging es einmal um das Dach über dem Kopf und eine warme Mahlzeit am Tag. Jetzt muss aber möglichst schnell die Beschäftigung mit den weiteren Folgekosten erfolgen, damit die Kommunen an dieser Stelle nicht alleingelassen werden. Das unbedingte Festhalten an der sogenannten „Schwarzen Null“ durch unseren Bundesfinanzminister und viele Andere muss vor dieser Entwicklung dringend hinterfragt werden. Erneut können wir nur darauf hoffen, dass sich die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden verbessern wird.

2015 hatten wir Bürgermeisterwahl. Mit einem Vorsprung von 62 Wählerstimmen ging Sebastian Seidel als Gewinner daraus hervor. Eigentlich gewährt man dem frisch Gewählten eine Schonfrist von 100 Tagen, aber Herr Seidel hat sich entschlossen den Haushalt noch vor Weihnachten zu verabschieden.

Beim Umgang mit den Ratsmitgliedern zeigt sich jetzt nach unserem Empfinden bereits ein anderer Stil. Man kann bereits erkennen, dass nun auch das Wissen um die Entscheidungsabläufe in den Parteien stärker berücksichtigt wird. Worum wir aber eindringlich bitten, ist eine Optimierung der Terminplanung. Konkret meinen wir hier die kurze Zeitspanne zwischen Haushaltseinbringung und der ersten Ausschussberatung, in der über den Haushalt abgestimmt wird. Diese knapp zwei Wochen brauchen wir um den Haushalt mit über 300 Seiten zu lesen, die Inhalte intern zu diskutieren, offene Fragen zum Verständnis zu sammeln, diese mit der Verwaltung zu klären und schließlich das Abstimmungsverhalten auszuarbeiten. Zusätzliche Termine wie Bürgerversammlungen oder konstituierende Sitzungen von neuen Arbeitskreisen führen ganz schnell

zu einer zeitlichen Belastung, die es fast unmöglich macht, der Bedeutung der Themen die richtige Aufmerksamkeit zu schenken. Mit der Entscheidung für ein Übergangsheim, die Teil der Haushaltsberatungen ist, kam dann noch ein sehr beratungsintensives Thema hinzu.

Kommen wir nun zum eingebrachten Haushalt für das Jahr 2016. Nach der Rede des Bürgermeisters war mein erster Eindruck, es bleibt alles beim Alten. Keine neuen Impulse, keine erkennbaren Prioritäten für die Zukunft, kein Bemühen Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen, wieder einmal weiterer Ausbau der Sportinfrastruktur und bereits das achte Jahr in Folge mit einem Haushaltsdefizit.

Wahrscheinliche Konsequenz: „Ablehnung des Haushaltes“ durch die SPD. Und ich hätte mir bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs sogar vorstellen können dies genauso knapp mitzuteilen, denn seit Jahren weisen wir auf die fast gleichen Probleme hin, ohne dass sich etwas gebessert hat.

In der SPD-Fraktion sind wir aber zu der Überzeugung gekommen, dass wir es den Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind, eine ausführlichere Analyse vorzulegen.

Dieser Haushalt zeichnet sich eher durch das aus was fehlt, als durch Inhalte, wie sich im Folgenden zeigen wird:

1. Einzelhandel:

Wenn wir uns die Entwicklung des Einzelhandels betrachten, sind seit dem Jahr 2000 in Everswinkel 20 Läden geschlossen worden. Alle Appelle die Kaufkraft im Ort zu halten sind verpufft. Die Erweiterung und Umgestaltung des vorhandenen Edeka-Marktes ist zunächst ein hervorragendes Ergebnis für unsere Kommune. Es bleibt aber abzuwarten wie sich dies auf die Gesamtsituation auswirkt. Denn festzustellen ist, dass der Einzelhandel weiterhin dramatischen Veränderungen unterliegt, die oft auch Einflüsse an anderer Stelle nach sich ziehen. So mussten unsere Bürgerinnen und Bürger auch in diesem Jahr wieder von liebgewon-

nenen und traditionellen Dienstleistern und Geschäften in unserer Gemeinde Abschied nehmen. Dieser Bereich wird uns noch weiter beschäftigen. Im Haushalt findet man dazu nichts Neues.

2. Entwicklung des Wohnungsmarktes

Natürlich hat es uns gefreut als der Bürgermeister in seiner Rede eingeräumt, dass wir uns zukünftig bei der Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum mit einem Dreiklang beschäftigen müssen. Dieser bestehe aus maßvoller Ausweisung von Neubaugebieten, Nachverdichtung und Lösungen für die Folgenutzung von Bestandsimmobilien. Dieser Ansatz deckt sich exakt mit den Inhalten eines Antrages der SPD zur Erstellung eines Leitbildes für die Wohnungsentwicklung bis 2030, den wir 2013 gestellt haben. Dieser wurde damals von CDU und FDP abgelehnt. Lediglich der damals ebenfalls enthaltene Vorschlag Möglichkeiten für altengerechtes Wohnen zu schaffen, hat der Bürgermeister noch nicht aufgenommen. Vielleicht ergibt sich aber noch etwas Neues, wenn wir uns mit dem SPD Antrag zur Nachnutzung der stillgelegten Spielplatzflächen in 2016 beschäftigen.

Während nun aber für die Innenentwicklung und die Planung für Neubaugebiete Gelder eingestellt wurden, sucht man vergeblich nach einem Ansatz für Konzepte zur Lösung für Bestandsimmobilien. Obwohl gerade durch die prognostizierten gesellschaftlichen Veränderungen das Risiko von Leerstand und Wertverfall bei den bereits vorhandenen Immobilien zunehmen wird, finden sich keinerlei Ansätze. Dabei zeigen andere Kommunen vielfältige Möglichkeiten, wie man die zukünftige Weiterverwertung von Bestandsimmobilien unterstützen kann. Die Programme „Jung kauft Alt“ seien hier nur exemplarisch genannt.

3. Schulentwicklung

Ein weiteres bedeutendes Politikfeld in Everswinkel ist die weitere Entwicklung der Schullandschaft. Lag für 2015 der Fokus auf der Erweiterung der Grundschule in Alverskirchen, sucht man nun völlig vergebens nach einem Ansatz. Während der Beratungen über die geplante Schulerweiterung in Alverskirchen erfuhren wir außerdem, dass sich die Schülerzahl in Alverskirchen während der kommenden Jahre fast halbieren wird. So werden 2017 und 2020 nur jeweils 9 Schüler neu einge-

schult. Keine der Fraktionen hat daraufhin eine Erweiterung grundsätzlich in Frage gestellt.

Um den Schulstandort zu erhalten, haben sich 2015 nun alle Fraktionen darauf geeinigt in den Jahren mit zu niedrigen Einschulungen Kinder aus Everswinkel so verträglich wie möglich in Alverskirchen einzuschulen. Jahrgangsübergreifender Unterricht soll danach ebenfalls helfen die Schule zu retten.

Außer ein paar Worten zur Verbundschule in der Einbringungsrede spielten diesmal bei den Beratungen weder die weiterhin fehlenden Unterrichtsräume zur Durchführung der Differenzierung an der Grundschule in Everswinkel, noch die Zukunft unserer Verbundschule eine Rolle. Dabei ist beides von entscheidender Bedeutung für die Zukunft dieser Schulen. Wir alle wissen, dass wir dringend eine Nachfolgeform für unsere Verbundschule festlegen müssen, um unsere Schule attraktiv zu halten. Bei der ursprünglichen Entscheidung für diesen Schultyp lagen wir im Vergleich mit unseren Nachbarkommunen ganz vorne. Bei der Frage nach der Nachfolge hieß es lange, wir wollten erst einmal die Entscheidungen dieser Nachbarkommunen abwarten. Diese haben sich bereits alle positioniert und nun wird es allerhöchste Zeit und gleichzeitig auch sehr schwierig noch ein attraktives Konzept für Everswinkel zu finden. Von der Poleposition sind wir auf den letzten Platz zurückgefallen.

Im Haushalt finden wir auch hierzu nichts.

Für die Grundschule Everswinkel wurde uns 2013 ein Baukonzept mit zwei Abschnitten aufgezeigt. Der erste wurde für 2014 beschlossen und umfasste die kombinierte Lösung für die Übermittagsbetreuung, Musikraum und Forum. Im zweiten Bauabschnitt sollte es um die fehlenden differenzierungsräume gehen. Diese wurden bereits 2013 dringend benötigt, um kleine Lerngruppen zur Unterstützung bei speziellen Aufgaben wie Lese-Rechtschreibschwäche, Rechenstörungen, (Dyskalkulie) oder zu besonderer psychosozialer Unterstützung bilden zu können. Zusätzlich werden diese Differenzierungsräume auch zur Bewältigung der Aufgaben im Rahmen der Inklusion benötigt. Zwischenzeitlich ergibt sich nun noch eine weitere Aufgabe. Durch die Flüchtlingsfamilien haben wir heute bereits um die 15 Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse an un-

serer Grundschule. Es wurde viel über Asyl und Flüchtlinge gesprochen, aber zu dieser Problemlösung findet sich nichts im Haushalt.

Zu den weiterhin fehlenden Differenzierungsräumen findet sich ebenfalls nichts im Haushalt.

3. Radwegebeleuchtung

Für 2016 hat die SPD-Fraktion darauf verzichtet Maßnahmen für die Beleuchtung des Fahrradweges zwischen Everswinkel und Alverskirchen zu beantragen. Nicht weil wir es für überflüssig halten, sondern weil die CDU nicht einmal mit uns darüber reden will. Ein Gesprächsangebot mit Vorbedingungen, Herr Volker verdeutlichte mir erneut, dass es sich bei den Bekundungen um die neue Verhandlungskultur lediglich um Lippenbekenntnisse handelt und in Wahrheit knallharte Machtdurchsetzung vorherrscht. Auf dieser Basis brauchen Sie uns keine weiteren Gesprächsangebote zu machen Herr Volker. Die CDU hat sich somit erneut dazu entschlossen, unsere Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die aus Alverskirchen, im Dunkeln stehen zu lassen. Wieder einmal zeigt sich, dass absolute Mehrheiten zu einer Lähmung demokratischer Entscheidungsfindungen führen.

Bei der Beschreibung der Rahmenbedingungen haben auch Sie, Herr Seidel, sich bemüht, die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben zumindest teilweise mit den nicht mehr an die Gemeinde Everswinkel gezahlten Schlüsselzuweisungen zu erklären. Statt sich zu freuen, dass wir eine so starke Steuerkraft haben, die es ermöglicht alle Aufgaben aus eigener Kraft bewältigen zu können, beklagen wir uns.

Und erneut hört man den Vorwurf es würden Gelder vom ländlichen Raum ins Ruhrgebiet transferiert. Dabei klingt das dann immer so schön abstrakt. Dabei sehen wir die gleichen Mechanismen im Kreis Warendorf. So werden z.B. den Kommunen Ahlen und Beckum aufgrund ihrer hohen Zahl von Bedarfsgemeinschaften über den Solidaransatz hohe Schlüsselzuweisungen zugeordnet. Die Kosten für die Solidargemeinschaften werden aber über den Kreishaushalt bezahlt. Diese Kommunen

werden so entlastet und das ist auch bitter notwendig. Ich möchte als Kommunalpolitiker nicht die Aufgaben von Ahlen lösen müssen. Ein etwas größeres Bekenntnis zur Solidarität stünde Manchem gut zu Gesicht und hören sie auf immer mit dem Finger in die Ferne zu zeigen, die gleichen Probleme haben wir auch im Kreis Warendorf.

Werfen wir einen Blick auf die konkreten Zahlen. Bei der Haushaltseinkbringung lag das prognostizierte Defizit im Ergebnisplan für 2016 bei knapp 1,2 Mio. €. Während der Haushaltsberatungen ist es auf annähernd 1,3 Mio. € angestiegen. Somit verringert sich die allgemeine Rücklage um 4,9%. Der Verzehr von fast 5% unseres Eigenkapitals macht deutlich, dass uns die Folgen der Entscheidungen der zurückliegenden Jahre nun endgültig eingeholt haben.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal die allgemeine finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde skizzieren.

Im Jahr 2006 wurde die Bilanzierung nach NKF bei uns eingeführt. Damals hatten wir ordentliche Erträge von 12,3 Mio. Euro. Für 2016 prognostizieren wir Erträge in Höhe von 17.8 Mio. Euro.

Dies entspricht einer Steigerung um 5,5 Mio. auf 144% des ursprünglichen Wertes.

Parallel steigen die Aufwendungen von 12,6 auf 19,2 Mio. Euro. Eine Steigerung auf 152% des Wertes von 2006. Dies bedeutet, das Everswinkel im Jahr 2016 voraussichtlich 5,5 Mio. Euro mehr einnimmt, aber auf der anderen Seite 6,6 Mio. Euro mehr ausgibt als vor 10 Jahren.

Die extreme Beschleunigung unserer Überschuldung wird deutlich, wenn wir die Defizite betrachten. Seit 2009 gab es keinen ausgeglichenen Haushalt mehr in unserer Gemeinde. In den 6 Jahren von 2009 bis 2014, für die uns die Jahresabschlüsse bereits vorliegen, summieren sich die Defizite auf insgesamt knapp 3 Mio. Euro.

In den Jahren 2015 und 2016 sollen weitere fast 3,1 Mio. Euro Defizit hinzukommen. Die Geschwindigkeit der Verschuldung steigt somit auf das Dreifache an.

Statt aber einmal über diese gewaltige Ausgabensteigerung nachzudenken beschränken sich die Verantwortlichen lediglich auf die Aufsummierung fehlender Schlüsselzuweisungen und der Solidarumlage und führen diese dann als Erklärung für unseren Fehlbetrag an.

Welche Möglichkeiten haben wir als Kommune nun aber, um unsere Haushaltslage positiv zu beeinflussen?

Eigentlich gibt es hier nur zwei leichtverständliche Stellschrauben:

1. Einsparungen bei den Ausgaben
2. Verbesserungen bei den Einnahmen

Betrachten wir zunächst einmal die Ausgabenseite.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass wir in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Investitionen mit teilweise hohen Summen getätigt haben. Investitionen führen zunächst lediglich zu einer Ausgabe, d. h. sie vermindern unsere liquiden Mittel. Sie führen gleichzeitig zu einer Erhöhung des Vermögens an einer anderen Stelle der Bilanz.

Nicht in jedem Fall führt eine Investition auch zu einer sofort sichtbaren Veränderung im Ergebnisplan. In der Vergangenheit wurde nach dem Motto verfahren: „Das Geld ist doch da, also können wir es auch investieren“.

Investitionen haben allerdings die fatale Eigenschaft, dass sie in der Zukunft häufig für einen langen Zeitraum Folgekosten nach sich ziehen.

Für 2016 sind so 1,75 Mio. Euro als Abschreibungen für getätigte Investition in den Haushalt eingestellt. Dabei sind die Abschreibungen für das geplante Übergangsheim noch gar nicht dabei. Ferner entstehen durch Investitionen auch neue Sachaufwendungen, Personalkosten oder Auf-

wendungen für Dienstleistungen, ganz abgesehen von Strom-, Wasser- und Heizkosten.

Durch die fälligen Zinszahlungen für Kreditaufnahmen wird der Haushalt zusätzlich belastet, so zahlen wir 2016 über 85.000 € für Zinsen. Das sind 20% mehr als in 2015.

Obwohl das NKF vorschreibt, dass die hier beschriebenen Folgekosten im Rahmen von Investitionsberatungen vorgelegt werden müssen, haben wir dies bisher immer wieder vergeblich angemahnt.

Noch eine kleine Anmerkung: Vielleicht können im Haushalt 2017 die Positionen „Sonstige Aufwendungen“ aufgeschlüsselt und mit Anmerkungen versehen werden, um Einsparpotential erkennbar zu machen. Das hat uns in diesem Jahr leider gefehlt.

Betrachten wir jetzt die Einnahmeseite unserer Gemeinde.

Die Höhe der Hebesätze kann von der Gemeinde sowohl für die Gewerbe- als auch die Grundsteuer selbst festgelegt werden. Der Haushaltsentwurf sieht vor, dass wir bei unseren unterdurchschnittlich niedrigen Sätzen bleiben und unsere Steuersätze nicht den vom Land vorgegebenen fiktiven Hebesätzen anpassen. Dies belastet unsere Bilanz in doppelter Weise. Zunächst fehlen uns dadurch Einnahmen in Höhe von fast 46.000 €. Da die Kreisumlage nach den fiktiven Sätzen berechnet wird, erhöht sich unsere Belastung auf insgesamt ca. 72.000 € durch die nicht erfolgte Anpassung.

Erneut versuchen wir, wie in der Vergangenheit, unsere Hebesätze niedrig zu halten, nicht zuletzt um attraktiv für Bauwillige und Gewerbetreibende zu sein. Gleichzeitig müssen wir aber erkennen, dass uns die so erzielten Einnahmen nun nicht mehr ausreichen, um die erforderlichen Aufgaben zu erfüllen.

Es geht darum, realistische Grundsteuern und Gewerbesteuern zu erheben und diesen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern im Kreis zu beenden. Die Leistungen die von diesen Steuern bezahlt werden, kommen doch umgekehrt auch wieder allen Bewohnern zugute.

Deutlich besser wäre es, eine moderate Anpassung entsprechend den durchschnittlichen Hebesätzen der Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern vorzunehmen. So erhielten wir für die Zukunft etwas mehr Handlungsspielraum.

Fazit aus der Betrachtung der Einnahmen- und Ausgabenseite:

1. Die von uns zu beeinflussenden Spielräume auf der Einnahmenseite sind zwar begrenzt, wurden von uns aber bisher stets nicht ausgeschöpft.
2. Ausgaben, die dauerhaft die Einnahmen übersteigen, führen letztendlich zur Handlungsunfähigkeit.

Um zukünftig handlungsfähig zu bleiben, ist es unabdingbar, die Aufwandseite genauer in den Blick zu nehmen und eine dauerhafte Reduzierung der Aufwendungen herbeizuführen. So schwierig und schmerzhaft dies auch sein mag, nur eine strukturelle Verbesserung der Aufwandseite kann uns vor dem Schreckgespenst „Haushaltssicherung“, auf das der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede hingewiesen hat, bewahren.

Statt die bereits bestehenden Belastungen der kommenden Jahre in voller Höhe in der mittelfristigen Planung zu berücksichtigen, wird bei uns seit einiger Zeit der Versuch unternommen, die Ausgaben einfach geringer anzusetzen oder feststehende Ausgabesteigerungen haushaltstechnisch unberücksichtigt zu lassen.

Dazu 4 Beispiele:

1. Verlust für den Königskamp zu gering bilanziert.

Wir haben für das Baugebiet 1.55 Mio. € ausgegeben. Da wir durch die Verkleinerung des Baugebietes noch nicht einmal die Hälfte der ursprünglichen Fläche vermarkten können, liegt der tatsächlich erlittene Verlust wesentlich höher als die bisher im Haushalt berücksichtigten 250.000 €.

2. Personalkosten nicht ausreichend für die kommenden Jahre

Bei den Personalkosten empfiehlt das Land NRW anhand seiner Orientierungsdaten eine Steigerung von jährlich 1% für Tarifsteigerungen zu berücksichtigen. In unserem Haushalt wird selbst diese recht niedrig kalkulierte Erhöhung überhaupt nicht eingestellt.

3. Betonsanierung Turnhalle Verbundschule verdreifacht sich

Die Betonsanierung an der Turnhalle der Verbundschule wurde bei der Haushaltseinbringung zunächst mit 100.000 € (davon 80.000 aus einer Rückstellung) eingebracht. Zwischenzeitlich wurden wir darüber informiert, das sich das Gesamtvolumen nur bereits auf 262.000 € summieren wird, 120.000 € in 2016 und weitere 142.000 € in 2017. Wir werden sehen, ob dies reicht.

4. Weitere zusätzliche Sanierungskosten

Ähnlich wie in dem vorgenannten Beispiel „Betonsanierung“ werden wir auch in den nächsten Jahren nicht umhin kommen, Sanierungsmaßnahmen gerade an älteren Investitionsobjekten im Haushalt zu berücksichtigen. Trotz der Erfahrungen der letzten Jahre wird aber der prognostizierte Ansatz für Sanierungen für das Jahr 2017 und die Folgejahre einfach auf ca. 100.000€ pro Jahr halbiert.

Allein bei diesen 4 Beispielen kommen wir auf mehrere Hunderttausend Euro, die im Haushalt für die Jahre 2016 bis 2019 nicht eingestellt sind.

So rechnen wir uns die Zukunft künstlich schön. Dabei hätten wir jetzt noch die Chance selbst zu bestimmen wo wir welche Veränderungen und in welcher Größe vornehmen könnten. Mit diesem Haushalt weigern wir uns aber erneut, notwendige Korrekturen bei den Ausgaben und den Einnahmen vorzunehmen. Es gibt keinen einzigen Sparvorschlag und selbst der bescheidene Sparvorschlag bei der Telefonvermittlung, den die SPD-Fraktion einbrachte, wurde abgelehnt, da angeblich unzumutbar. Sobald unsere Gemeinde aber in das Haushaltssicherungskonzept gerät, können wir nicht mehr frei und selbstständig entscheiden. Dieser Konsequenz nähern wir uns immer schneller.

Es gibt zwei Maßnahmen des Haushaltes die wir noch beleuchten möchten.

Zunächst soll es um die Umgestaltung des Clubhauses am Vitus Sportcenter gehen. Hierfür hat der SC DJK Everswinkel einen Zuschuss von 200.000 € beantragt. Der Haushaltsentwurf sieht 180.000 € verteilt auf drei Jahre vor. Wie wir im Rahmen der Beratungen, durch Gespräche und das Studium des bestehenden Vertrages zwischen der Gemeinde und dem SC DJK gelernt haben, gibt es hier nicht sehr viel Handlungsspielraum. Die Gemeinde hat den Sportverein bereits 2008 verpflichtet das ehemalige Clubhaus in zusätzliche sportliche Nutzfläche umzuwandeln. Im Gegenzug hat die Gemeinde vertraglich zugesagt die Gebäudeerhaltung zu 100% zu tragen. Hierzu gehören auch die technischen Anlagen. Nach nunmehr 8 Jahren will der SC DJK diesem Auftrag endgültig nachkommen, nachdem der Gemeinderat den diesbezüglichen Antrag vor einem Jahr noch abgelehnt hat. Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Gemeinde den von ihr geschlossenen Vertrag erfüllen muss und unterstützt daher diesen Antrag. Was wir aber weder unterstützen noch verstehen ist das eigenartige Verhalten von CDU und FDP. Deren Versuch mittels eines Antrages den Eindruck zu erwecken, es handele sich hierbei nicht um die Schaffung zusätzlicher Sportinfrastruktur sondern lediglich um Gebäudeerhalt, zeigt schon clowneske Züge. Was soll denn die Umwandlung einer ehemaligen Gaststätte in einen multifunktionalen Sportraum anderes sein als neue Sportinfrastruktur? Uns erscheint dies als der Versuch unseren Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Wir stimmen dieser Maßnahme zu, weil sich die Gemeinde Everswinkel seinerzeit vertraglich dazu verpflichtet hat. Unser Dank gilt an dieser Stelle dem SC DJK dafür, dass er uns zugesichert hat, bei der notwendigen Unterbringung von weiteren Flüchtlingen behilflich zu sein. Es sollen alle durchzuführenden Baumaßnahmen so mit der Kommune abgestimmt werden, dass die Räume des ehemaligen Clubhauses bis zur Fertigstellung des geplanten Übergangsheimes permanent für diese Aufgaben genutzt werden können. Bei dieser Aufgabe ziehen also sehr viele Einwohner unserer Gemeinde an einem Strang.

Bevor ich zum letzten Schwerpunkt und dem abschließenden Resümee unserer Ausführungen komme, möchte ich mich ausdrücklich bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die vielen geleisteten Stunden bedanken. Ohne dieses Engagement könnte Vieles nicht ange-

boten und durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere bei der Bewältigung der enormen Aufgaben im Zusammenhang mit unseren neuen Mitbürgern, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und Schutz suchen. Hier haben sich alle Beteiligten, besonders alle Mitarbeiter der Verwaltung und des Bauhofs um einen sachgemäßen Umgang bemüht und das Notwendige veranlasst. Daher war es auch möglich unserem Auftrag voll gerecht zu werden.

Genau an diese Stelle gehört auch die Suche nach einem Standort für das geplante Übergangsheim. Dies war ein sehr intensiver Prozess, bei dem sich insbesondere auch die zukünftigen Nachbarn eingebracht haben. Es gab eine ganze Reihe von Ausschusssitzungen, Bürgerversammlungen und Treffen zu denen sich viele Beteiligte immer wieder eingefunden haben. Ich bin froh, dass wir wiederholt den Dialog gesucht haben und zu guter Letzt ein Kompromiss erarbeitet werden konnte, mit dem nun die Beteiligten zufrieden sein können. Das Prozedere können wir sicherlich für zukünftige ähnliche Entscheidungen noch um einiges verbessern. So hätte mehr Transparenz, Offenheit und Vertrauen zueinander die Entscheidungsfindung einfacher gestalten können. Hier möchte ich alle Seiten ansprechen. Für die ständige Bereitschaft eine Lösung zu suchen und den abschließenden Kompromiss möchte ich mich abschließend noch einmal bei allen Beteiligten bedanken. Das schönste Ergebnis war sicherlich für jeden von uns die Erkenntnis, dass es trotz vieler, unterschiedlicher Auffassungen immer nur um die Sache ging und Fremdenfeindlichkeit nie mit im Spiel war. Darauf können wir alle recht stolz sein.

Ich möchte nun zum Resümee über den Haushaltsentwurf kommen:

Auf der Ausgabenseite können wir keinerlei Einsparansätze erkennen. Das Verteilen von Ansätzen auf mehrere Jahre, stellt kein Einsparpotential dar. Selbst fragwürdige Entscheidungen, wie bei der Telefonvermittlung oder dem Marketingkonzept bleiben unangetastet.

Ferner ist es angezeigt, dass bei zukünftigen Investitionen, anders als in der Vergangenheit, alle Kosten inklusive der Folgekosten bereits bei der Investitionsentscheidung berücksichtigt werden müssen.

Auf der Einnahmeseite verzichten wir darauf, die Hebesätze anzupassen und nehmen allein dadurch einen Verlust von ca. 72.000 € in Kauf.

Hinzu kommt noch, dass bereits erkennbare und vorhandene Risiken nicht angemessen im Haushalt berücksichtigt werden.

Mit diesem Haushalt werden keine Prioritäten gesetzt, es gibt keinen Versuch die Ausgaben zu senken, die Einnahmen werden nicht optimiert und es zeigen sich keinerlei Impulse für die Gestaltung der Zukunft unserer Gemeinde.

In einem anderen Jahr würden wir deshalb diesen Haushalt ablehnen.

Lediglich aus zwei Gründen tun wir dies für 2016 nicht:

1. Für die Mängel dieses Haushaltes trägt nicht der jetzige Bürgermeister alleine die Verantwortung. Aber für 2017 wird sich dies wohl anders darstellen.
2. Insbesondere wegen des gefundenen Kompromisses zum Übergangsheim wird die SPD-Fraktion dem Haushaltentwurf zustimmen. Es ist uns wichtig einen bedeutenden Schritt zur Bewältigung der Integration von Flüchtlingen zu leisten. Zumindest in diesem Punkt sehen wir die Gemeinde auf einem guten Weg.

Enden möchte ich mit einem Zitat:

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willy Brandt

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.